

Studiengebühren in Baden Württemberg für AusländerInnen und das Zweitstudium: Ausschließend, diskriminierend und sozial ungerecht!

Liebe Studentinnen und Studenten,

Die Gründe die Studiengebühren abzulehnen kennt ihr selbst am besten und habt sie kenntnisreich, und stichhaltig formuliert. Ginge es nur darum die besseren Argumente zu haben, wäre das Gesetz zur Einführung der Studiengebühren für ausländische Studierende und das Zweitstudium schon gescheitert.

Aber es geht – wie so oft – nicht nur darum bessere Argumente zu haben, sondern darum wer das Sagen hat und am längeren Hebel sitzt, wer machen kann was er will und wer in der Öffentlichkeit wenig Gehör findet.

Und deswegen ist es gut, dass ihr hier heute persönlich vor dem Ministerium steht mit eurem Protest gegen ein unsoziales, elitäres, diskriminierendes und auch ökonomisch schlecht durchdachtes Gesetz.

Das Ministerium unter Frau Bauer (Bündnis 90/Die Grünen) will einsparen – jetzt sei mal dahin gestellt wie man zur Schuldenbremse steht und zu einer Sparpolitik in Zeiten von Null-Zinsen.

Entscheidend ist wie man sich in in einer solchen Lage verhält – nimmt man das Geld von oben oder nimmt man es von unten, zieht man es sich aus den Taschen deren die viel haben oder derer, die wenig haben und keine starke Lobby haben, wie in diesem Fall aus den Taschen der Studierenden.

Wie man sich in so einer Situation verhält ist aus meiner Sicht der Unterschied zwischen rechter und linker Politik – und was die jetzige Landesregierung macht ist keine linke Politik.

Schlimmer noch, um nicht offensichtlich Wahlversprechen und den Koalitionsvertrag zu brechen und nach dem Prinzip des 'Teile und Herrsche' wird eine kleine Minderheit nach ihrer Herkunft aus außereuropäischen Ländern ausgewählt und mit Gebühren belastet. Unverantwortlich! Gerade in so fremdenfeindlichen Zeiten, wie wir sie heute haben.

Ohne Bafög, oft ohne Stipendium, sind ausländische Studierende meist gezwungen neben dem Studium viel zu arbeiten. Dabei landen ausländische Studierende wegen mangelnder Sprachkenntnisse und mangels Alternativen häufig in prekären, schlecht bezahlten Jobs. In Fastfoodrestaurants, in der Lagerlogistik, oder als Reinigungskräfte. Hinzu kommen ungeheure finanzielle Belastungen wenn Unmengen Barvermögen für eine Visumsverlängerung vorgezeigt werden müssen.

Auch unter ausländischen Studierenden werden Studiengebühren v.a. diejenigen treffen, die aus einem ärmeren Elternhaus kommen. Viele internationale Studierende werden sich ein Studium nicht mehr, oder nur unter zusätzlich erschwerten Bedingungen, leisten können: mehr Arbeit, weniger Zeit zum Studium, mehr Stress und geringere Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss.

Ein unglaublich wirtschaftsstarkes und reiches Land wie Deutschland gibt nur 0.5 % seines BIP für Entwicklungszusammenarbeit aus, statt den 0.7 %, die in den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen angestrebt werden.

Und jetzt schränkt eine Grüne Bildungsministerin eines der reichsten Bundesländer in Deutschland eine einfache und wirkungsvolle Formen der Entwicklungszusammenarbeit per Gebühr ab: den Austausch von Studierenden.

Der Grüne Kretschmann hat sich in der Öffentlichkeit geäußert, die ausländischen Studierenden würden ja in Deutschland keine Steuern zahlen und somit nicht zur Finanzierung des Bildungssystems beitragen. Erstens ist es nicht wahr, dass ausländische Studierende keine Steuern zahlen: sie zahlen Mehrwertsteuer, wie alle anderen auch – und das ist nach der Einkommenssteuer immerhin die zweitwichtigste Steuer am Gesamtaufkommen. Zweitens bleiben viele ausländische Studierende nach ihrem Studium in Deutschland und ihre Ausbildung ist somit durchaus pures Eigeninteresse des deutschen Staates. Drittens arbeiten viele gut ausgebildete Menschen aus den Entwicklungsländern in Deutschland, zum Beispiel im Gesundheitssektor. Deren Ausbildung wurde aus den Steuern von deren Herkunftsländern gezahlt und den Nutzen haben wir. Es ist also nur fair, wenn wir auch unseren Beitrag zur Ausbildung von jungen Menschen leisten – als Ausgleich für den 'Brain Drain', der den Entwicklungsländern schadet.

Nicht anders ist es im Falle des Zweitstudiums. Wer ein Zweitstudium macht hat seine Gründe dafür. Es ist das Interesse an einem neuen Fachgebiet, der Wunsch vieler Akademiker sich weiterzuqualifizieren, oft aber die reine ökonomische Notwendigkeit, wenn Leute in dem Bereich, in dem sie ihren Abschluss gemacht haben keine Anstellung finden.

Ein Zweitstudium ist hier nichts als eine Umschuldung, eine Weiterbildungsmaßnahme mit dem Ziel seine Chance eine Anstellung zu bekommen zu verbessern. Diesen Menschen durch Studiengebühren in der Höhe von 1300 Euro im Jahr Steine in den Weg zu legen ist ebenso falsch, wie ökonomisch sinnlos.

Es bleibt dabei: Studiengebühren erzeugen und zementieren soziale Ungleichheit, wer aus besser verdienenden Haushalten kommt kann studieren und hat Chancen auf besser bezahlte Berufe. Deswegen lehnen wir Studiengebühren ab, egal ob sie alle treffen oder nur einen Teil der Studierenden! Bildung muss frei zugänglich sein und ist keine Ware!

Deswegen ist es gut, dass Studierende aus Deutschland und aus anderen Ländern hier heute gemeinsam stehen und gemeinsam protestieren.

Es ist ein Zeichen von Solidarität. Ein Zeichen davon, dass man sich für andere stark macht, aus Prinzip aber auch weil man versteht, dass was einem anderen zugefügt wird einen auch schnell selbst treffen kann. Und das es die einzige Chance der Schwachen ist, sich gemeinsam zu wehren.

Wir von der Partei DIE LINKE wünschen euch jedenfalls viel Erfolg und Durchhaltevermögen bei eurem Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!

Kommt zum linken Stammtisch:
Jeden zweiten Freitag im Monat, 19.00 Uhr, im Weltcafé am
Charlottenplatz
Nächster Termin: 13. Januar (also heute...)